

Vorwärts  
5./VIII. 1919

15  
151

## Gefährdung der Volks- ernährung?

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Sie teilten in Nr. 380 eine Denkschrift des Landwirtschaftlichen Ministeriums zur Produktionsförderung ohne Kommentar mit.

Die Denkschrift beginnt mit den Worten: „Die Volksernährung erscheint in der nächsten Zukunft ernstlich gefährdet. Abhilfe ist nur möglich, wenn die Landwirtschaft so schnell als möglich in die Lage versetzt wird, die Erzeugung auf das Neueste zu steigern.“ Daß der Staat alles dazu Zweckdienliche, was in seiner Macht liegt, tun muß, ist eine Selbstverständlichkeit, die oft genug auch von Seiten der Regierung betont ist. Bei der verhältnismäßig langsame Wirkung dieser Maßregeln würde das aber für die nächste Zukunft nicht viel nützen. Zur Sicherung der Volksernährung bleibt uns daher im Augenblick nur die Einfuhr ausländischer und eine gerechte Verteilung der vorhandenen inländischen Nahrungsmittel. Die Hoffnung auf hemmungslose Einfuhr würde zwar für „kreditwürdige“ Luxusartikel berechtigt sein, wenn derartigen Experimenten nicht ein Riegel vorgezogen würde; aber für die Massenlebensartikel können wir damit wegen mangelnder Auslandsdeckung und wegen der Unmöglichkeit, die Differenz auf längere Zeit auf Reichsfonds zu übernehmen, nicht rechnen, selbst wenn für die Balanzierung der Ernährung auf Friedensstand nicht, wie die Denkschrift will, 45 Milliarden jährlich, sondern nur einige Milliarden benötigt würden.

Allerdings, dasjenige, was für die Aufrechterhaltung der Ernährung unbedingt erforderlich ist, muß eingeführt werden und dafür werden auch die Mittel vorhanden sein, aber der Friedensimport erstreckte sich großen Teils auf Ware, die ein einfach lebendes Volk zur Not eine Weile entbehren kann und die Ausnutzung der Lebensmittel hat während des Krieges sehr gewonnen. Aber im übrigen muß die inländische Produktion an Brotgetreide, Fleisch, Kartoffeln und Zucker — nur um diese handelt es sich für die kommende Ernte noch — in vollem Umfange herangezogen und auch sichergestellt werden.

Denn das einzige Ziel unserer Ernährungspolitik ist die Erreichung des Existenzminimums für die Bevölkerung zu erträglichen Preisen. An der Form der Zwangswirtschaft haftet niemand. Wenn die Landumlage das selbe leisten würde, wäre sie zweifellos längst eingeführt, denn niemand, und vor allen Dingen eine Volksregierung, hat ein Interesse an der Verärgerung weiter Volkskreise. Aber die Aufhebung der sogenannten Zwangswirtschaft und die Wiederherstellung eines schrankenlosen freien Handels würden im gegenwärtigen Augenblick, solange nicht genügend Nahrungsmittel vorhanden sind, eine erhebliche Preiserhöhung gegenüber den Höchstpreisen mit sich bringen. Der größere Teil der Bevölkerung würde die erforderliche Mindestnahrung eben nicht oder nur zu unerschwinglichen Preisen vorfinden. Die Einführung der Landumlage würde einen doppelten Warenpreis schaffen, der technisch undurchführbar ist, und der selbst im Falle der Möglichkeit der Durchführung im höchsten Grade erbitternd wirken würde.

Die Propaganda für die Einführung des freien Handels steht im umgekehrten Verhältnis zur Zahl ihrer Anhänger. Die überwiegende Masse der städtischen Bevölkerung weiß, was ihr beim freien Handel blühen würde. Auch fast die gesamte Industrie, von der man doch in erster Linie ein Eintreten für die ungehemmte Preisbildung erwarten sollte, steht hinter der gebundenen Wirtschaft. Für den

freien Handel treten lediglich die gegenwärtigen Wortführer der Landblinde und der kleinere Handel ein. Bezeichnenderweise erklären aber die verantwortlichen landwirtschaftlichen Berufsvertretungen sich für die einstweilige Beibehaltung der Brot- und Fleischbewirtschaftung; sie überlassen den propagandistischen Landbünden die Vertretung der unerfüllbaren weitergehenden Forderungen.

Sicher ist, daß der Abbau der Planwirtschaft nicht preisabbauend, sondern preissteigernd wirkt, so lange Nahrungsmittelknappheit besteht. Das wird aber noch längere Zeit der Fall sein. Demgegenüber ist die Beibehaltung der Rationierung und der Höchstpreise für Getreide, Fleisch und Kartoffeln das kleinere Übel, selbst wenn man produktionshemmende Wirkungen der Zwangswirtschaft zugibt. Die Volksernährung ist aber durch die Beibehaltung der staatlich kontrollierten Wirtschaft nicht „gefährdet“, denn die Produktion hat sich nicht so verschlechtert, um diese Befürchtung zu rechtfertigen. Die pflanzliche Produktion hat überhaupt bei weitem nicht den Tiefstand erreicht, der ihr nachgesagt wird. Die jetzt auf dem Felde stehende Ernte scheint allen Berichten zufolge für Winterfrucht, Gemüse, Kartoffeln und Futter nicht eben schlecht zu sein. Teilweise hat sie sich in den letzten Wochen überraschend erholt. Nur Sommergetreide steht durchgängig weniger gut. Die Befürchtung einer katastrophalen Wendung der Volksernährung scheint auch nach dieser Seite hin unberechtigt.

Nun weist die Denkschrift mit Recht auf den schweren Rückgang der tierischen Produktion hin, der ja unbestreitbar ist, wenn auch 60 Proz. zweifellos zu hoch gegriffen sind. Aber nicht das System der Zwangswirtschaft ist daran schuld, sondern die Tatsache, daß unsere gesamte Viehhaltung auf der Auslandseinfuhr aufgebaut war und mit dem Einsetzen der Blockade zusammenbrach. Das trifft für die Schweinehaltung in erster Linie zu, die hauptsächlich auf der russischen Futtergerste beruhte. Da diese Einfuhr jetzt unmöglich ist, bedeutet die Forderung der Denkschrift auf Umstellung der Wirtschaft auf Schweineproduktion nichts anderes als die Verwendung von Brotgetreide zur Schweinemast in weitestem Umfange. Eine starke Förderung der Schweineproduktion kann man selbst bei dem grundsätzlichen Wunsch nach möglichst schneller Hochbringung unserer Schweinebestände jedenfalls erst dann vertreten, wenn die einheimische Ernte zu übersehen ist und ausländische Zufuhren sichergestellt sind, und wenn im Anschluß daran die Volksernährung überhaupt sichergestellt ist. Bis dahin sprechen heute die gleichen Gründe gegen die verstärkte Schweinehaltung, wie während des ganzen Krieges, wobei besonders zu bedenken ist, daß das Futter durch den Tiermagen nur zum 4. Teil für die menschliche Ernährung verwertet wird.

Wir müssen aber den Verfasser der Denkschrift daran erinnern, daß es den Führern der Landwirtschaftstechnik vom ersten Kriegsjahr an nicht zweifelhaft gewesen ist, daß Deutschland sich in der Viehhaltung nach Möglichkeit vom Ausland freimachen muß. Diese Möglichkeit ist bei der Schweinemast so gut wie ausgeschlossen; die Tendenz der deutschen Viehzucht liegt daher in der Förderung der Rindviehzucht und Schafzucht und einer entsprechenden Steigerung der Milch-, Butter- und Käseproduktion und Konsumtion. Es liegt uns sehr fern, einer Extensivierung des landwirtschaftlichen Betriebes irgendwie das Wort reden zu wollen. Aber eine Verbesserung der Futterflächen und Verstärkung des Delfruchtbaues kann durchaus in der Richtung der Intensivierung betrieben werden. Das Rind ist kein Konkurrent des Menschen um die Nahrungsmittel. Seine Leistungen sind vielfacher Natur. Die Fleischernährung ruht bei ihm auf viel sicherer Grundlage. Wenn daher der Wiederaufbau des Rindviehstapels auch länger dauert als beim Schwein, so entspricht die Verstärkung der Rindviehhaltung

doch den natürlich gegebenen Tendenzen unserer Wirtschaft, gegenüber einer unnatürlich starken Schweineproduktion.

Es ist besser, den Speckbedarf zum kleineren Teil auf die Einfuhr zu verweisen, als die Abhängigkeit der Vieh- ernährung vom Ausland zu bereuigen und aus unserem Ernährungszusammenbruch unbelehrt davonzugehen.